



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

P/XII/191 - 22. August 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Warum der Stillstand?	S. 1
Ausweg aus der Algerienkrise?	S. 2
Zur Biographie Jordans	S. 4
Riesige Staubglocke bedroht unsere Gesundheit	S. 5
Wieder eine "Mittelstandspartei"	S. 7

## Drei Fragen zu den Verhandlungen in Moskau

sp- Es ist verständlich, wenn das offizielle Bonn sich bemüht, die Frage der Heimkehr von Deutschen aus der Sowjetunion gerade jetzt nicht zu einer öffentlichen Diskussion werden zu lassen. Und doch ist die deutsche Öffentlichkeit trotz aller offiziellen Versuche, den Schleier des Schweigens über das Repatriierungsproblem zu decken, nicht geneigt, die als offen geltenden Fragen unbeantwortet im Raum stehen zu lassen.

Die erste Frage, die überall und immer wieder gestellt wird, ist, ob es richtig war, dass deutscherseits gleich zu Beginn der Verhandlungen in Moskau Zahlen von Heimkehrwilligen genannt wurden, die im weiteren Verlauf der Verhandlungen nicht aufrechterhalten werden konnten.

Die zweite Frage entsteht bei der Überlegung, ob es notwendig war, dieses rein menschliche Problem so unmittelbar und auf der gleichen Ebene mit politischen und wirtschaftlichen Problemen zu verbinden.

Die dritte Frage - sie ist vielleicht die wichtigste von allen - ist die Frage nach den Vorarbeiten, die das Deutsche Rote Kreuz in enger Fühlungnahme mit dem russischen Roten Kreuz für die Heimkehr deutscher Staatsangehöriger aus der Sowjetunion geleistet hat. Es darf daran erinnert werden, dass der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Weitz, schon lange vor Beginn der offiziellen deutsch-russischen Verhandlungen in Moskau war und dort zu Vereinbarungen über die Repatriierung gelangte, deren Verwirklichung ein grosser Erfolg gewesen wäre. Es heisst sogar, zwischen dem Deutschen und dem Russischen Roten Kreuz sei bereits ein von der russischen Regierung genehmigter Vertrag ratifiziert worden.

Unklar bleibt, warum man in dieser so äusserst diffizilen Frage deutscherseits nicht versucht hat, das menschliche Werk der Repatriierung auf der Grundlage der Vereinbarungen der beiden Roten-Kreuz-Organisationen fortzusetzen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, welche Vorgänge für das jetzige ganz offenbar zum Erliegen gekommene Gespräch zwischen Bonn und Moskau entscheidend waren.

\* \* \*

Nordafrikanische Föderation

Paris

Frankreichs Außenminister Pineau begibt sich in diesen Tagen auf eine Propagandareise nach den südamerikanischen Staaten. Er will dort Stimmung für die französischen Auffassungen zur Lösung des Algerienproblems machen. Ob ihm dies gelingen wird, ist zweifelhaft, weil selbst innerhalb der französischen Regierung keineswegs die erhoffte Einigung über den einzuschlagenden Weg erzielt werden konnte. So muss sich Pineau darauf beschränken, allgemeine Vorschläge zu entwickeln, ohne dabei präzise Auskünfte über die wirklichen Absichten Frankreichs geben zu können. Anderenfalls würde er - sollte er etwa seine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen - wahrscheinlich eine Kabinettskrise in Frankreich heraufbeschwören.

Mehr und mehr kommt man in Frankreich zur Einsicht, dass sich der Algerien-Konflikt in einer Sackgasse befindet und die bisher beschrittenen Wege nur wenig Aussicht auf eine baldige und zufriedenstellende Lösung bieten. Die Fronten sind verhärtet, Hass breitet sich aus und keine der im Kampfe liegenden Parteien scheint zu Konzessionen bereit zu sein. Tief beeindruckt von der blutigen Tragödie, die sich im algerischen Raum abspielt - und um die Zukunft besorgt, sucht man jedoch in den verschiedensten Lagern nach Wegen, die geeignet sein könnten, die Forderungen der einen Seite zu erfüllen, ohne die Rechte und Ansprüche der anderen zu negieren.

Längst zeigte sich, dass die ursprünglichen Formen der von Frankreich in Erwägung gezogenen Algerien-Lösung - völlige Eingliederung des Landes in Frankreich mit allen politischen und staatsrechtlichen Konsequenzen für Gesamt-Frankreich, wie sie beispielsweise der ehemalige Generalgouverneur Jacques Soustelle, einer der intimsten Vertrauten General de Gaulles anstrebt, bzw. Schaffung einer Föderation Frankreichs und seiner überseeischen Besitzungen einschliesslich Algeriens, in der all diesen Gebieten umfassende autonome Rechte eingeräumt würden und Algerien eine weitgehende politische und Verwaltungsautonomie erhalten könnte, wie es vielen Sozialisten vorschwebt, die die Idee der Integration für überholt betrachten - gleichermaßen an Wert eingebüsst haben, weil sich in der Zwischenzeit psychologische und internationale Wandlungen vollzogen haben, die niemand mehr unbeachtet lassen kann. Die im In-

und Ausland geführten Diskussionen über das Algerien-Problem lassen darüber kaum noch Zweifel.

Die lange Dauer des Konflikts bewirkte im Übrigen auch positive Entwicklungen. Einmal die Einsicht, dass die weitere Fortsetzung des Kampfes niemanden nützt und zum zweiten die Auffassung, dass die Möglichkeit einer Lösung gegeben ist, sobald man auf beiden Seiten Neigung zeigt, einen Weg zu beschreiten, der nicht allein von den beiden Nachbarländern Algeriens, Marokko und Tunesien angestrebt wird, sondern auch von einsichtsvollen und unvoreingenommenen Politikern Frankreichs, die im gegenwärtigen Augenblick keine Regierungsverantwortung tragen und deshalb freier und offener ihren Standpunkt darlegen können. Sie sprechen heute von der Verwirklichung einer Nordafrikanischen Föderation, der Marokko, Tunesien und möglicherweise Libyen angehören würden und in deren Mitte Algerien einen hervorragenden Platz hätte, weil es innerhalb einer solchen Föderation nicht allein eine zentrale Stellung einnähme, sondern darüber hinaus auch das natürliche Bindeglied zu Frankreich wäre. Marokko und Tunesien streben diese Lösung an, weil sie aus wirtschaftlichen Gründen an der Aufrechterhaltung starker Bindungen zu Frankreich und zum Westen interessiert sind - trotz aller Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Liquidierung früherer Protektoratsbindungen ergeben und - weil sie wenig Neigung zeigen, allzu enge Bindungen mit Ägypten einzugehen, was in immer stärkerer Masse einen engstirnigen pan-arabischen Nationalismus vorfällt, der die Gefahr einer kommunistischen Durchdringung deutlicher werden lässt. Die Bildung einer Nordafrikanischen Föderation würde nicht allein den noch politischem, wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg strebenden arabischen Volkskreisen neue Hoffnung und Selbstvertrauen geben, sondern darüber hinaus die Voraussetzungen für eine Regelung des Algerien-Konflikts bieten, die die gerechtfertigten Ansprüche Frankreichs und der Algerier befriedigen könnte. Frankreich müsste sich allerdings dazu entschließen, die bestehenden staatsrechtlichen Bindungen zu Algerien zu lösen, um neue geschmeidigere Formen der Zusammengehörigkeit herzustellen.

Jordan, ein Phantast und Aussenseiter

Wir lesen in der "Hannoverschen Presse":

Der Kreis schliesst sich. Der Mann, der noch kurz vor Kriegsende verkündete: "Nicht jedes Volk hat das Glück, einen Führer von der Aktivität eines Vulkans zu haben", kandidiert nun an hervorragender Stelle der niedersächsischen Landesliste der CDU. Es ist der theoretische Physiker an der Universität Hamburg, Prof. Pascual Jordan, am 18. Oktober 1902 als Sohn des Malers Prof. Ernst Jordan in Hannover geboren und in Göttingen als Schüler und Mitarbeiter Max Born rühmlich bekannt gewordene Quantenmechaniker.

Doch das ist lange her, so lange, dass keines der gängigen Werke über die Geschichte der Atomforschung von Otto Hahns erster Uranspaltung bis zu Edward Tellers H-Bomben-Besessenheit Pascual Jordan sonderlich zu erwähnen braucht. So fehlt sein Name daher auch unter den berühmten Göttinger Manifest, mit dem die Elite der deutschen Kernphysiker eindringlich vor einer Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen warnte, und das dem CDU-Vorsitzenden Adenauer Anlass war, um die Professoren wie Schuljungen abzukanzeln.

Umso eifriger zeigte sich Professor Jordan bemüht, seinen Aussenseiterstandpunkt zu vertreten. Das Göttinger Manifest nannte er deshalb rundheraus "eine ungeheure Hilfe für die Sowjets". Angesichts des amerikanischen Linus-Reports gegen die Atombombenversuche sprach er sogar von "erklärten Anhängern der kommunistischen Weltanschauung", die "phantastische Märchen über die Radioaktivität" verbreiten.

Diese Anschuldigungen lesen sich recht merkwürdig, wenn man weiss, welchen eigenen Märchenvorstellungen Pascual Jordan seine CDU-Kandidatur verdankt. Seine Schrift "Der gescheiterte Aufstand" weist ihn nämlich als den derzeit führenden Luftschutzphantasten aus. Nach Jordans Ansicht lässt es sich in absehbarer Zeit einrichten, dass die Menschheit "ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten" einmal fünf Jahre unter der Erde lebt, "bis der Atorgestank draussen von einem Atomkrieg abgeklungen ist", eine Theorie, deren Haltlosigkeit Jordan in Fachkreisen die bissige Umbenennung seiner Schrift in "Der Aufstand des Gescheiterten" eingetragen hat.

\* \* \*

A.v.C

Kampf gegen die Luftverpestung auf die lange Bank geschoben

E.F. Die Bundesregierung veröffentlichte dieser Tage einen Zwischenbericht, der auf die angestellten Untersuchungen über die Staub- und Abgasschäden im Bundesgebiet Bezug nimmt. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, dass die entstehenden Luftverureinigungsschäden zwar umfangreich seien, der Zeitpunkt für eine generelle Bekämpfung aber noch nicht gekommen sei. Es müssten vorerst die bestehenden Gesetze modernisiert, ausgeweitet und verbessert werden.

Diese Feststellung steht in krassem Gegensatz zu dem, was im Ausland geschieht. England, die USA und auch Frankreich haben schon lange umfassende Massnahmen gegen die Staub- und Abgasplagen ergriffen. Warum sollte das bei uns nicht möglich sein? Man wird erschliesslich müde, der Bundesregierung immer wieder Erfolge des Auslandes in dieser oder jener Hinsicht vor Augen halten zu müssen.

Aber in diesem Falle braucht das Ausland auch nicht unbedingt als Beispiel bereitzustehen. Einige einschlägige deutsche Institute haben berechnet und nachgewiesen, dass mit erschwingbaren Mitteln eine Bekämpfung der fast unerträglichen Belästigungen möglich ist. Es kommt einer unerhörten Zumutung an die betroffene Bevölkerung gleich, wenn jetzt noch immer die dringend notwendigen gesetzlichen und technischen Massnahmen auf die lange Bank geschoben werden.

Welchen Grad die industriellen Ausscheidungen angenommen haben, legte der sozialdemokratische Abgeordnete Putzig in der Bundestagsitzung vom 11. Januar 1957 klar, als er ausrief: "Wenn das Ruhrgebiet in der Sahara läge, wären wir schon alle tot". Die Todesgefahr wird nämlich nur noch durch die bei uns vorhandenen zahlreichen Grünanlagen und Wälder gemildert. Sie wirken als Staubfilter.

Während der gleichen Bundestagsitzung, in der ein sozialdemokratischer Antrag zur Bekämpfung von Rauch- und Abgasmissionen beraten wurde, stellte der FDP-Abgeordnete Dr. Drechsel fest, dass der zuständige Ressortminister Dr. Schröder (CDU) an der Beratung dieses wichtigen Problems nicht teilnahm und nicht einmal durch seinen Staatssekretär vertreten war.

Die Betroffenen werden wenig davon entzückt sein, in einer wichtigen die Allgemeinheit angehenden Frage, von der Bundesregierung alleinge-

lassen zu werden. Bei den in Mitleidenschaft Gezogenen handelt es sich um nicht weniger als die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes ( ca. 10 000 000) und die Bewohner anderer Industriekreise im Bundesgebiet. Auf sie regnen jährlich 1.430.000 t Staub aus Kraftwerken, 170.000 t aus Kohleaufbereitungsanlagen, 155.000 t aus Zementfabriken, 150.000 t aus der Eisen- und Stahlproduktion und 14.000 t Staub aus Aluminium-, Blei-, Kupfer- und Zinkhütten herab, insgesamt 1.98 Mill. t.

Die Fachgruppe Staubtechnik im VDI weist die Möglichkeiten der Abgas- und Staubentfernung in grossem Umfang wegen der damit verbundenen Unkostenfrage zurück. Wenn man die personelle Zusammensetzung der Fachgruppe "Staubtechnik" beim VDI näher ansieht, wird allerdings klar, wessen Interessen hier stärker vertreten sind: Von insgesamt 20 Persönlichkeiten gehören 15 oder 16 zur Industrie und nur je vier oder fünf kommen von Institutionen, die allgemeinen Interessen dienen.

Die Allgemeinheit kann verlangen, dass die saubere Luft, die die Natur uns allen schenkt, nicht immer weiter verpestet wird. Viele Beobachtungen, Messungen und Verfahrenserprobungen haben die Quellen der Verpestung längst genau erkennen lassen. Jetzt sollte man endlich daran gehen, diese Quellen zu vorstopfen. Es muss als ein Segen bezeichnet werden, dass den grossen Industrieunternehmen ein ganzes Heer Geschädigter gegenübersteht: der sogenannte Mann auf der Strasse, der täglich sein Oberhemd wechseln muss, die Gemüsebauern, deren Felderträge nur einen geringen Preis erzielen, weil sie zu stark verschmutzt sind, die Viehzüchter, deren Tiere nicht gedeihen wollen, weil das Gras und Heu von Staub verklebt ist und nicht zuletzt unsere Kinder, die in den meisten westdeutschen Städten höchstens an 35 bis 40 Tagen des Jahres ungetriebenen Sonnenschein haben.

Sie alle werden sich zu wehren wissen und von den Verantwortlichen endlich durchgreifende Massnahmen gegen Industriestaub und gesundheits-schädigende Abgase verlangen.

UDM - eine "Strasser-Opposition" der CDU

H.3. - Die Meldungen von den Wahlvorschlägen bringen eine kleine Sensation. In mehreren Bundesländern - Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und in Hamburg - präsentiert sich zum 15. September dem Wähler die "Union Deutscher Mittelstandsparteien". In der "UDM" haben sich alle möglichen "mittelständischen" Splittergruppen zusammengefunden. Sie sind von früheren Mitarbeitern des Bäckermeisters Drewitz zusammengeführt worden, dessen "Wirtschaftspartei" vor 1933 mehrere Abgeordnete in den Reichstag entsenden konnte. Wer die Vorgänge beobachtet hat, weiss, welche Mühe die Ex-Wirtschaftsparteiler hatten, die "Union" herzustellen. Dass es ihnen möglich war, zeigt aber, dass die "mittelständische" Stimmung von heute mit der um die grosse Krisenzeit nach 1930 vergleichbar ist.

Die "UDM" ist ein Produkt der CDU-Politik. Die "Mittelstandspolitiker", die jetzt glauben, man müsse sich rühren, stehen zur CDU/CSU etwa in gleichem Verhältnis wie seinerzeit Otto Strasser zu Hitler. Der radikale Otto wollte, dass die "Sozialismus"-Phrasen des Führers etwas ernster genommen würden. Die UDM-Leute wollen eine solche "Mittelstandspolitik" in der Praxis führen, wie sie die CDU im Munde führt.

Was die CDU jetzt auf ihren diversen Mittelstandstagen "fordert", ist inhaltlich und meist auch wörtlich das gleiche, das sie auch 1953 "gefordert" hat. Nur der "Bundesbeauftragte für Fragen des gewerblichen Mittelstandes" ist - von der DP entlehnt - neu hinzugekommen. Wenn die unbegründete CDU-Hoffnung in Erfüllung ginge und eine neue CDU-Regierung zustande käme, müsste der "Bundesbeauftragte" mit dem CDU-Bundeswirtschaftsminister zusammenarbeiten, von dessen Bemühungen zum Beispiel auf dem Gebiet der Handwerkskredite der Zentralverband des Deutschen Handwerks sagt, "dass das Handwerk alles in allen Eusserst stiefmütterlich behandelt worden ist". Der "Bundesbeauftragte" müsste mit dem CDU-Wirtschaftsminister zusammenarbeiten, dessen "Waage" nach vieljähriger Tätigkeit

zeigt, dass von drei Millionen selbständigen Handwerkern, Einzelhändlern und Freiberuflern 70,1 % nur ein Jahreseinkommen bis zu 4 000 DM erzielten.

Wir haben zwar nicht Krise, sondern Konjunktur, aber von dieser profitiert ausschliesslich die Grosswirtschaft. Die Kartelle machen Millionengewinne und ziehen den Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben den Boden unter den Füßen weg. Daher die Krisenstimmung, daher die UDM-Listen. Die "Union deutscher Mittelstandsparteien" darf übrigens nicht mit dem Deutschen Mittelstandsblock verwechselt werden. Der "Block" wurde vor den Bundestagswahlen 1953 von gutgläubigen Leuten gegründet, die damals für die Wahl Adenauers - zum Dank für dessen "Mittelstands"-Versprechungen - eine Erklärung abgaben. Der "Mittelstandsblock" besteht noch, aber seine Organisatoren und seine Mitglieder (die Fachverbände von Handwerk, Handel und Landwirtschaft) sind von den vorangegangenen weiteren vier Jahren CDU-Politik so enttäuscht und entmutigt, dass sie für die diesjährige Bundestagswahl darauf verzichtet haben, sich für die Adenauer-Linie zu erklären.

\* \* \*

#### Arbeitnehmer ohne demokratische Grundrechte?

sp- Das deutsche Industrieinstitut in Köln findet es bedauerlich, dass die SPD in zunehmendem Maße den Wahlkampf in die Betriebe trage. Das verstosse gegen den Wortlaut und den Geist des Betriebsverfassungsgesetzes. In diesem Gesetz heisst es jedoch im § 51:

Arbeitgeber und Betriebsrat haben jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen.

Diese Einschränkung bezieht sich also ausdrücklich auf Arbeitgeber und Betriebsräte, sie besagt nichts über ein Verbot politischer Meinungsäusserungen der Belegschaften. So schlecht das Betriebsverfassungsgesetz ist, so haben seine Befürworter nicht gewagt, eines der grundlegendsten Rechte des Staatsbürgers, nämlich das der freien Meinungsäusserung anzutasten. Dies blieb dem Industrieinstitut vorbehalten.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Markscheffel